

Die „Vorläufer“ enthalten...
Verantwortlich: Herr...
Verleger: Herr...

Vertrieb...
Abbestellen...
Anzeigen...

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Ultimatum der Entente.

Der Wortlaut der Noten.

Berlin, 27. März.

Am 26. März abends ging dem Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaen folgende Note des französischen Vorsitzenden, des Generals Rubant, zu:

In Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Obersten Kriegsrates der alliierten und assoziierten Regierungen wird General Rubant in Ausführung der Artikel 16 des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 fordern, daß die Deutschen gestatten, daß die Armee des Generals Haller, welche ein Teil der alliierten Armeen ist, durch Danzig in Richtung auf Polen frei durchmarschiere mit dem Zweck, dort die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Deutschen werden sich weiterhin verpflichten, alle Erleichterungen für die vorübergehenden Einrichtungen jeder Art zu geben, die für die durch diesen Feldzug marschierenden Truppen notwendig sind. Jede Weigerung diesen Forderungen zu entsprechen, wird als ein Bruch des Waffenstillstandes durch die Deutschen angesehen werden. Inwiefern diese Note die deutsche Regierung die Vollmacht zu verweigern, die nötig sind, um die Art und Weise der Ausführung beizugehen und auf Grund gegenseitigen Uebereinstimmens zu regeln.“

Die Antwortnote der deutschen Regierung wurde im Laufe des heutigen Tages nach eingehender Beratung im Kabinett und unter Zugiehung der Vorsitzenden der Nationalversammlung fertiggestellt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Gemäß Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, den Alliierten freien Zugang über Danzig und die Weichsel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches zu gewähren. Bei Abschluß dieses Vertrages gingen wir jedwels davon aus, daß es sich nur um freien Durchzug für alliierte Truppen handeln könne, nicht aber um polnische. Die deutsche Regierung hat sich nicht verpflichtet, freien Zugang für eine polnische Armee über Danzig durch Westpreußen zu geben. In dieser Aufassung sieht die deutsche Regierung sich bestätigt durch die bekannten Vorkommnisse bei der Gewährung freien Wechsels für den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski. Herr Paderewski hat unter grober Verletzung der gewährten Gastfreundschaft auf deutschem Boden in Posen das Reich zum Aufbruch und Bürgerkrieg gegeben. Bei seiner Anwesenheit in Danzig im Dezember 1918 jagte er: „Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig sind, so werden Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden.“ In der gesamten polnischen Öffentlichkeit wird auch die Armee Haller als polnische Armee bezeichnet. Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 hat sich zudem die Gesamtlage in Posen, Westpreußen und Danzig völlig verändert. Es würde nach den bekannten Vorgängen in Posen durch eine Landung polnischer Truppen in Danzig die Ordnung in Westpreußen aufs schwerste gefährdet werden. Niemand kann die Verantwortung übernehmen, daß die polnische Minderheit in Westpreußen ruhig bleibt, wenn die Armee Haller in Danzig landet. Nach den der deutschen Regierung täglich zunehmenden zahlreichen Kundgebungen der deutschen Mehrheit in Westpreußen muß aber auch damit gerechnet werden, daß die deutsche Mehrheit gegenüber polnischen Angriffen gewaltsamen Widerstand leisten wird. Heute herrscht in diesen Gebieten Ruhe und Sicherheit, wenn aber die geforderte Landung nach dem heutigen Stand der Dinge zum blutigen Kampf in diesen Gebieten führt, so wird außerdem die deutsche Ostfront gegen den russischen Bolschewismus gefährdet. Die geringen deutschen Kräfte, welche die Sowjettruppen zurückhalten, hätten dann im Rücken gleichfalls den Feind und würden gessen zwei Feuer geraten. Dem Bolschewismus ist dann der Weg nach Westpreußen und Polen frei. Die deutsche Regierung kann nach eingehender Prüfung eine Maßnahme nicht verantworten, die ohne Schaffung ausreichender Garantien den Bürgerkrieg im eigenen Land hervorrufen muß. Dagegen ist die deutsche Regierung nach wie vor bereit, die Landung der Armee Haller in Stettin, Königsberg, Memel oder Libau mit allen Mitteln zu erleichtern und dadurch die Absicht der Alliierten, die Ordnung in Polen aufrecht zu erhalten, mit allen Kräften zu unterstützen. Die deutsche Regierung erklärt sich ausdrücklich bereit, alle Einrichtungen für die rasche Landung und die Durchreise der Armee Haller nach Polen zu gewährleisten. Diese Wege führen auch eisenbahntechnisch schneller und ohne jede Störung der Lebensmittelzufuhr nach Polen zum Ziele. Um die

in der Note von Warschau noch gewünschten Vollmachten zur Regelung der Art und Weise der Ausführung der Landung auf Grund gegenseitigen Uebereinstimmens erteilen zu können, ersucht die deutsche Regierung um alsbaldige Mitteilung über folgende Punkte:

1. Zusammenziehung der Armee des Generals Haller und Stärke derselben. 2. Zeitpunkt der Landung der Armee Haller. 3. Angabe der Zeitsdauer der Durchbeförderung der Armee Haller bis nach Polen. 4. Welche Gewähr könnten die alliierten und assoziierten Mächte dafür bieten, daß nicht die Armee des Generals Haller oder ein Teil derselben sich an politischen Kundgebungen oder an etwaigen Unruhen der polnischen Minderheit nach dem Bergang bei der Anwesenheit des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski in Posen beteiligt oder solche mit Sicherheit zu erwartenden bedauerlichen Ereignisse hervorruft? gez. Reichsminister Erzberger.“

Wilson über den Völkerbund.

Paris, 27. März.

Neuter method. Präsident Wilson hat heute folgende Erklärung veröffentlicht: Im Hinblick auf die sehr überraschende Ansicht, die in manchen Kreisen zu herrschen scheint, daß es die Diskussionen der Kommission für den Völkerbund sind, die die Endformulierung des Friedensvertrages verzögern, ergreife ich sehr gerne die Gelegenheit, um mitzutheilen, daß die Beschlüsse dieser Kommission als erste der Plenarsitzung vorgelegt wurden. Sie wurden am 14. Februar veröffentlicht, und die Welt hatte einen vollen Monat Zeit, um den damals vorgelegten Völkerbundsentwurf in allen Einzelheiten zu besprechen. Während der letzten Tage ist die Kommission bemüht gewesen, aus den Kritiken, die die Beschlüsse der Kommission des Völkerbundvertrages hervorgerufen haben, Nutzen zu ziehen. Ein Komitee der Kommission hat auch den Vorschlag gemacht, eine Konferenz zwischen Vertretern der neutralen Nationen abzuhalten, die ein sehr tiefgehendes Interesse und den wohl einstimmigen Wunsch bezeugen, sich auf den Völkerbund einzustellen. Der revidierte Völkerbundvertrag ist jetzt so gut wie fertiggestellt. Er befindet sich in den Händen eines Komitees, das die Aufgabe hat, den Entwurf fertig zu stellen, und wird sogleich der Öffentlichkeit ein zweites Mal vorgelegt werden. Die Konferenzen der Kommission haben ausnahmslos zu Seiten Statistiken, wo sie auf die Beratungen derjenigen, die es auf sich genommen haben, die endgültigen Beschlüsse der Konferenz mit Rücksicht auf die vielen anderen komplizierten Friedensprobleme zu formulieren, nicht während einwirken konnten, so daß die Mitglieder der Kommission sich zu der Tatsache Glück wünschen, daß kein Teil ihrer Konferenzen je irgend eine Art von Verzögerung bewirkt hat.

Das Geständnis.

Kun ist's herauf! Herr Roske hat nach der Anklage- rede Soares das Geständnis abgelegt, daß die Verhängung des sogenannten Standrechts und damit die Massen- erziehungen jeder gesetzlichen Grundlage entbehren. Er erklärte mit anerkennender Offenheit, daß nicht das Recht, sondern der Erfolg entscheide und der Erfolg sei für ihn. In der Tat, das läßt sich nicht leugnen, dafür zeugen die Zeichen der Erschöpfung!

Selbst einem Teil der bürgerlichen Presse wird es bei diesem Geständnis unbehaglich. So schreibt das „Berl. Tageblatt“:

„Wenn Roske aber auf den Vorwurf, den Rechts- gedanken verzieht zu haben, nichts anderes zu erwidern wüßte, als daß in einer solchen gefährlichen Situation nicht Paragrafen, sondern lediglich der Erfolg gelte, so läßt sich diese Redewendung, die kein Reichstag einem Kriegsminister durch- gesehen hätte, wohl aus der sehr erregten Stimmung erklären. In die ihn der Abgeordnete Soares und seine Genossen durch ihre Risikofundgebungen verfecht haben mögen. In rechtserfüllter ist sie nicht. Ein Minister dort, und mag die Situation noch so mißlich sein, den Rechtsboden nicht verlassen. Denn er ist der Träger und Repräsentant des Rechtsgedankens, und stellt er sich ausschließlich auf den Boden der Macht, so gibt er allen destruktiven Elementen ein moralisches Recht in die Hand, das gleiche zu tun.“

Das „D. Z.“ vergißt bei dem Entschuldigungsversuch, daß Roske schon einmal erklärt hat, um juristische Täfel- leien kümmere er sich nicht. Der Mann vertritt eben den Standpunkt der nackten Gewalt gegen alles Recht. Aber zuletzt ist die Gewalt noch stets unterlegen.

Die Gewerkschaften in der Revolution.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände haben die Mitgliederzahl von 3 Millionen überschritten. In diesem Anwachsen der Mitgliederzahl findet der durch die Revolution mächtig gestärkte Glaube der Arbeiterklasse an ihre eigene Kraft einen Ausdruck. In kurzer Zeit hat sich die Mitgliederzahl fast verdoppelt.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“, das diese Zahlen zusammenstellt, bemerkt dazu, aus dieser Entwicklung der Gewerkschaften sei zu erkennen, „daß die Arbeitermassen das Vertrauen zu ihren Wirtschaftsorganisa- tionen keineswegs verloren haben, und daß die letzteren berufen sein werden, bei dem bevorstehenden Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft einen hervorragenden Einfluß auszuüben.“

Es ist in der Tat eine gewaltige Macht, die sich in den Gewerkschaften verkörpert, und von dieser Macht kann wohl ein hervorragender Einfluß abgeleitet werden. Aber es kommt nicht nur darauf an, daß man Einfluß be- sitzt und daß man ihn ausübt, sondern es kommt in erster Linie darauf an, wie und wo man den Einfluß geltend macht.

Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften seit Jahrzehnten die Tendenz zu starker Zentralisa- tion. In richtiger Erkenntnis vom Wesen und von den Bedingungen des wirtschaftlichen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit ist diese Tendenz von der Masse der Organisa- tionen, wie von den Gewerkschaftsleitungen bewußt gefördert worden. Eine Frucht dieses streng zentralistischen Aufbaues der Gewerkschaften war eine zunehmende Machtstellung der Vorstände. Die stark die Zentralisation in den Gewerkschaften fortgeschritten ist, und in wie wenigen Händen die obere Leitung der Organisationen heute ruht, ist daraus zu er- kennen, daß im Februar 1919 2369000 Organi- sierte in nur zwölf Verbänden vereinigt waren.

Die Machtstellung der Gewerkschaftsbürokratie, obwohl aus der Demokratie geboren, war vor dem Kriege nahe daran, sich in eine Diktatur — nicht so sehr der Gewerkschaftsbeamten, sondern mehr des bürokratischen Apparates umzuwandeln, der sich — oftmals gegen den Willen der in ihm wirkenden Menschen — nach eigenem inneren Gehehe bewegt.

Die Zustände während des Krieges begünstigten die Vorliebe für die Erledigung der wirtschaftlichen Streitigkeiten mit Hilfe friedlichen Ausgleichens. Zum politischen Bürgerfrieden kam der wirtschaftliche, Streiks wurden als Landesverrat gekennzeichnet, an die Stelle der Idee des Klassenkampfes trat die Gefahr vom gemeinsamen Interesse aller Klassen.

Wie sehr verwurzelt diese Reizmaße in den oberen Gewerkschaftsinstanzen sind, zeigt die Tatsache, daß sie ihren Glauben an die Ueberbrückbarkeit der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit hinübergerettet haben in die revolutionäre Epoche. Sie betätigen ihn in der mit Bischöfen und Christen und Unternehmern abildeten „Arbeitsgemeinschaft“. Einigungsämter und Schlichtungsausschüsse sollen dem Proletariat Vettel- schenntage von den Millionenkriegsheim- kriegern der Unternehmer gewähren in dem Augenblick, da die Flamme des Klassenkampfes zum Himmel loht. Bindungen werden dem Proletariat aufgelöst zu einem Zeitpunkt, da es noch voller Ellenbogenfreiheit ver- langt, um zur Entscheidung zu schreiten. Der kollektive Arbeitsvertrag wird zum Zielobjekt der Revolution gemacht. Die soziale Revolution in der Tat zur Lohnbewegung erniedrigt.

Auf den starken Rostrom neuer Mitglieder wiesen wir schon hin. Es liegt auf der Hand, daß diese Massen den bisher am schlechtesten organisierten und entkulten Berufsgruppen angehören. Sie kommen nun in die Gewerkschaften, um ihre Lebensbedingungen möglichst schnell auf das Niveau jener Arbeiterkategorien zu heben, die in jahrelanger, mühsamer Gewerkschafts- arbeit erträgliche Löhne erkämpft haben. Sie sind es, die in sogenannten wilden Streiks Macht nehmen.

